

## Bericht über den Nothstand in Ostpreußen.

Ueber den Stand der Dinge in Ostpreußen sind neuerdings mehrfache genaue und zuverlässige Berichte eingegangen.

Zuvörderst liegen über die Verhältnisse im Regierungsbezirk Königsberg folgende amtliche Mittheilungen vor, welche theils auf Untersuchungen an Ort und Stelle, theils auf den Berichten der Behörden, theils auf Rücksprachen mit zahlreichen Personen aus allen Ständen und allen Theilen des Bezirks beruhen.

Der Nothstand ist zunächst nicht so aufzufassen, als ob es an den zur Ernährung der Bevölkerung erforderlichen Nahrungsmitteln fehle. Auf allen Marktplätzen ist wenigstens Roggen und Roggenmehl in denjenigen Quantitäten zu haben, in welchen sie verlangt werden. Es wird nur eben sehr wenig gekauft: denn es fehlt der Bevölkerung an Geld. Darum schränkt sie sich auf das Aeußerste ein und darum wird auch selbst in Königsberg nur äußerst wenig Roggen verkauft. Mäßige Vorräthe sind vorhanden, und der Handel würde im Stande sein, dieselben durch Einfuhr zu jeder beliebigen Höhe zu bringen, wenn nur die Bevölkerung in der Lage wäre, den Verbrauch zu steigern. Es ist allerdings möglich, daß es nach einigen Monaten an einem oder dem andern Orte wirklich an Nahrungsmitteln fehlen könnte; solche Besürchtungen werden namentlich aus den Kreisen Neidenburg und Ortelsburg, ungeachtet daselbst die Ernte nicht so schlecht war, mitgetheilt. Dort sollen die Produzenten, verleitet durch die hohen Preise, möglichst viel von der Ernte verkauft haben, ohne die nöthigen Vorräthe für den nächsten Sommer zu reserviren. Es ist indessen nicht daran zu zweifeln, daß der Handel im Stande und bestrebt sein wird, diese Gegenden so weit nöthig zu versorgen.

Die Noth des Arbeiterstandes, zu welchem auch die in einigen Theilen des Bezirkes sehr zahlreiche Eigenthümer zu rechnen sind, läßt sich auf das Zusammentreffen dreier Umstände zurückführen. Es sind dies:

- 1) daß die Arbeiter keine oder nur wenige Kartoffeln geerntet haben;
- 2) daß die größeren und kleineren Besitzer eine Mißernte erlitten und daher keine Mittel haben, um fremde Arbeiter zu beschäftigen, und
- 3) daß der Scheffel Roggen circa drei Thaler (in Memel 3 Thlr. 10 Sgr.) kostet.

Die beiden ersteren Umstände treffen nicht überall in gleichem Maße zu. In den drei Masurischen Kreisen Osterode, Neidenburg und Ortelsburg ist die Ernte nicht so schlecht gewesen, es sind dort namentlich auch Kartoffeln geerntet worden. Der Roggenpreis steht daselbst etwa 10 Sgr. niedriger, als in Königsberg. Nichtsdestoweniger beginnt die Noth auch im Ortelsburger Kreise, wo die Verhältnisse immer sehr ärmlich waren, sich geltend zu machen, namentlich weil die Arbeiterbevölkerung nicht wie sonst in dem benachbarten Polen, wo die Ernte ebenfalls sehr geschlagen ist, Beschäftigung findet.

Die ermländischen Kreise Köffel, Allenstein, Heilsberg und Braunsberg, welche von einer wohlhabenden bäuerlichen Bevölkerung bewohnt werden, haben je nach der leichteren oder schwereren Bodenbeschaffenheit theilweise eine mäßige, theilweise eine schlechte Ernte gehabt. Einigen Anhalt gewährt hier auch der Flachsbau. Von den südlich vom Ermland gelegenen Kreisen Mohrungen und Pr. Holland befindet sich Ersterer in ungünstigerer Lage als Letzterer. In beiden Kreisen sind aus den Städten und großen Dörfern Klagen über Mangel an Arbeit laut geworden. Den genannten 9 Kreisen schließt sich der Kreis Heiligenbeil an, in welchem die Ernte theilweise nicht schlecht war, in dessen größeren Orten, einschließlich der Stadt Sinten, jedoch Noth herrscht.

In den übrigen 9 nördlichen Kreisen sind die Verhältnisse durchgehends weit schlimmer. Als der hilflosbedürftigste muß der Kreis Labiau und zwar in seinem rechts der Deime gelegenen Theile bezeichnet werden. Hier lebt in der Umgebung der großen königlichen Waldungen eine Bevölkerung von etwa 20,000 Seelen, welche aus Arbeitern, Fischern und sehr zahlreichen Eigenthümern mit sehr geringem Grundbesitz besteht, während die Zahl der größeren Besitzer und der bäuerlichen und köllmischen Wirthe eine kleine ist. Die Ueberschwemmungen der Deime, des großen Friedrichsgrabens, des kurischen Haffes u. s. w. haben in den daselbst gelegenen Niederungen die Heu- und Grummet-Ernte vernichtet, die Kartoffel und die Zwiebel — das Mittel zum Tausche gegen Roggen — in der Entwicklung zerstört. Die landeinwärts liegenden Kirchspiele haben ebenfalls keine Kartoffeln geerntet, und auch die Roggenernte ist ganz fehlgeschlagen. Die Noth in diesen Gegenden ist groß. Der tiefliegende Schnee erschwert die Arbeit in den Waldungen; viele Arbeiter haben nicht in den Wald gehen können, weil sie nicht im Stande waren, sich die nöthigen Lebensmittel mitzunehmen. Sehr schwierig wird die Beschaffung der Saat zum Frühjahr für die Eigenthümer sein, deren geringes Besitzthum von oft nur 5—6 Morgen in der Regel noch dazu hoch verschuldet ist.

Nächst Labiau ist der Kreis Wehlau am schwersten betroffen. Er hat durch die Pregelüberschwemmungen seine Heu- und Grummet-ernte verloren und auf dem theilweise sehr schweren Boden eine völlige Mißernte gemacht. Dann folgt der Kreis Memel mit seinen zahlreichen kleinen Besitzern und seinem schweren Boden im nördlichen Theile; hier ist die Sommerfrucht — insbesondere der Hafer — auf dem Felde liegen geblieben. Die Kreise Gerdaun und Rastenburg kommen mit ihren schweren und zum Theil strengen Bodenarten in nächster Reihe. Die übrigen Kreise Königsberg, Friedland, Pr. Eylau und Fischhausen mögen sich ungefähr gleich stehen. In Letzterem sind es namentlich die Ortschaften auf der kurischen Nehrung und einige Dörfer am frischen Haff, welche vorzugsweise gelitten haben. Ueberall aber sind es die kleineren Städte und die größeren Dörfer, aus denen vorzugsweise Klagen erschallen.

Zur Bekämpfung des Nothstandes ist zunächst seitens des Staates Folgendes geschehen.

Zunächst von der Forstverwaltung: Der Holzeinschlag ist, so weit es die Absatzverhältnisse gestatten, gesteigert worden. Die Holzhauerlöhne sind in den nördlichen Revieren um 16%, in den südlichen Revieren um 8% pEt. erhöht worden. Dadurch wird sich der tägliche Verdienst der Holzhauer auf 8—10 Sgr. stellen. Zur Ausführung von außerordentlichen Arbeiten in den Forsten sind 28,000 Thlr. überwiesen. Davon ist ein kleinerer Betrag aufbehalten, um im Frühjahr das Tagelohn für die Kulturen steigern zu können. Der Rest ist zum Bau von Chausseen und anderen Wegen in den Forsten, so wie zu Entwässerungsarbeiten bestimmt. Zu den Arbeiten an den Wegen werden einstweilen Steine angefahren und die Steinschläger angefehrt, die Erdarbeiten müssen bis nach Abgang des Frostes warten. — Da wegen des Geldmangels sich jeder einschränkt und selbst die Wohlhabenderen statt Kloben und Knüppel lieber geringeres Holz kaufen, wodurch der Preis des Letzteren bei den Versteigerungen zum Nachtheil der ärmeren Leute in die Höhe getrieben wird, so ist der freihändige Verkauf dieser Arten in ausgedehntem Maße eingeführt worden. Die Oberförster sind ferner ermächtigt worden, die Abgabe von Armenholz (zu ein Viertel der Tage und den Werbungskosten) zu steigern, aber auch ein erhebliches Quantum Reisig zu den Werbungskosten (also zu 2—3 Sgr. das Klafter) an Arme und öffentliche Suppenküchen abzugeben.

Das Stubbenroden zum Selbstverbrauch ist gegen eine Gebühr von einem Silbergroschen pro Klafter, in ausgedehntem Maße gestattet.

Alle diese Maßregeln kommen hauptsächlich der ärmeren Bevölkerung in den Kreisen Labiau, Wehlau, Memel, Fischhausen, Königsberg, Eylau, Braunsberg und Heilsberg zu Gute.

An Staatsbauten sind, abgesehen von der Thorn-Jüterburger Eisenbahn, folgende theils in Angriff genommen, theils in Aussicht stehend:

- 1) Die Chaussee von Dullisaken nach Nimmersatt im Kreise Memel. Die Vorarbeiten sind beendet und findet die Verdingung des Steinmaterials in diesen Tagen statt.
- 2) Die Chaussee von Friedland nach Allenburg. In nächster Woche beginnen die Erdarbeiten zu einer Dammschüttung bei Friedland mit 150—200 Arbeitern. Die Verdingung des Steinmaterials geschieht am 20. d. M.
- 3) Die Chaussee von Willenberg nach Neidenburg. Die Vorarbeiten sind im Gange und darf der Angriff des Baues in etwa 14 Tagen erwartet werden.
- 4) Die Chaussee von Gerdaun nach Barten — schon seit längerer Zeit im Bau. Gegenwärtig wird das Steinmaterial zugerichtet.
- 5) Die Brücke bei Tapiau über die Deime und den Pregel mit großer Dammschüttung (50,000 Thlr.). Die Vorbereitungen sind im Gange; die Arbeiten werden alsbald beginnen.
- 6) Der Haffwehrdamm bei Agilla im Kreise Labiau (3500 Thlr.). Die Ausführung geschieht auf Rechnung und hat begonnen.
- 7) Die Anschüttung eines Schiffsanplazes im Hafen zu Pillau (2000 Thlr.) — sie beginnt in Kurzem.
- 8) Die Arbeiten am Königs Wilhelm-Kanal im Kreise Memel sind noch im Gange und werden im Frühjahr mit aller Kraft in Angriff genommen werden.
- 9) Als bedeutendste Arbeitsgelegenheit ist schließlich die Schüttung des zweiten Geleises der Ostbahn zu nennen, wobei viele Hundert Arbeiter beschäftigt werden, während des starken Frostes mit Kieswerbung.

Weiter kommen die Festungsbauten in Königsberg, in Pillau und in Memel mit je mehreren Hundert Mann Arbeitern in Betracht. An landwirthschaftlichen Meliorationen stehen mit Beihilfe aus Staatsmitteln folgende in unmittelbarer Aussicht:

- 1) die Entwässerung des Bleichenbarter Sees im Kreise Heilsberg,
- 2) die Entwässerung des Mohrunger Sees im Kreise Mohrungen, und
- 3) die Rajolung von 7 Hufen Land im Fischhäuser Kreise.

Die ad 2 genannte Melioration hat schon begonnen. Mehrere andere Meliorationen werden hoffentlich im Sommer zur Ausführung kommen, und zwar eine große im Ortelsburger, eine im Königsberger und eine im Heiligenbeiler Kreise.

Von größeren Privatunternehmungen zur Beschäftigung von Arbeitern sind zu erwähnen:

- 1) Die Bernsteingrüberei bei Brüstertort, im Kreise Fischhausen, woselbst bis zu 5—600 Arbeiter beschäftigt werden sollen.
- 2) Die Bernsteingrüberei bei Memel, in welcher bis zu 1000 Arbeiter, Männer und Frauen, Beschäftigung finden sollen.

Was die Leistungen der Kreise betrifft, so darf versichert werden, daß die Kreisstände fast überall den Ernst ihrer hohen Aufgabe richtig erfassen und mit einem Eifer und einer Hintansetzung kleinlicher Privat-Interessen ans Werk gegangen sind, welche die vollste Anerkennung verdienen. Die Kreise haben erkannt, daß es ihre Hauptaufgabe ist, durch Chausseebauten zahlreiche Arbeitsstellen zu gründen. Demgemäß haben die Kreise Königsberg, Fischhausen, Friedland, Pr. Eylau, Braunsberg und Heilsberg größere Chausseeneze (Pr. Eylau allein von 15 Meilen), und die Kreise Mohrungen und Pr. Holland, welche schon ausgebildete Chausseeneze besaßen, den Bau mehrerer Chausseen beschlossen. Diese Beschlüsse übersteigen alle bisher gehegten Erwartungen. In mehreren Kreisen hatte man sich Jahre lang abgemüht, eine Einigung über Chausseebauten herbeizuführen: die Noth hat diese Einigung im Augenblick bewirkt. Wenn auch die von dem Staate gebotenen Vortheile hierzu beigetragen haben, so verdient doch die Einsicht der Kreisstände und die Energie, mit welcher die Landräthe im Vereine mit ihnen die Beschlüsse gefördert haben, alles Lob.

Nur der Kreis Heiligenbeil hat auf dem jüngsten Kreistage die gemachten Vorschläge abgelehnt; es wird jedoch erwartet, daß noch anderweitige Beschlüsse dort gefaßt werden. Auch der Kreis Memel hat bei seiner unleugbaren Armuth den Bau von Kreis-Chausseen ablehnen zu müssen geglaubt. In den Kreisen Labiau, Wehlau, Gerdauen und Rastenburg liegen bereits ältere umfassende Beschlüsse vor, mit deren Ausführung jetzt überall begonnen ist. Namentlich im Kreise Labiau haben bereits größere Erdarbeiten stattgefunden, die aber durch den Frost unterbrochen wurden. Jetzt ist man mit der Anfuhr der Steine und mit dem Zerklleinern derselben beschäftigt. Auf der Strecke von Teut bis zur Wehlauer Kreisgrenze sollten am letzten Montage 150 Steinschläger angesetzt werden. Auch in den Kreisen Königsberg, Fischhausen, Friedland, Pr. Eylau und Mohrungen hat der Chausseebau nach den neuen Beschlüssen — zunächst durch Steinanfuhr — begonnen. In den übrigen Kreisen wird er bald beginnen. Mit dem Beginne des Frühjahrs wird in den nördlichen Kreisen des Bezirkes einschließlich der Kreise Braunsberg, Heilsberg, Mohrungen und Pr. Holland ausreichende Gelegenheit zu Erdarbeiten an den Chausseen sein und zwar zum Theil in einem Grade, daß es an Arbeitern fehlen wird. Bis dahin wird, wenn nicht zu starker Frost eintritt, der Steinschlag ausbleiben. Die Kreise Osterode, Allenstein und Koßel, sowie Ortelsburg können ihr Chausseeneze nicht füglich eher feststellen, als bis die Richtung der Thorn-Insterburger Eisenbahn mit den Stationen feststeht. Der Kreis Neidenburg hat den Angriff der schon früher genehmigten Linie Neidenburg-Gilgenburg beschlossen. An staatlichen Beihilfen sind dem Kreise Braunsberg 12,500 Thlr., Friedland 29,600 Thlr., Gerdauen 10,000 Thlr., Königsberg 20,100 Thlr., Mohrungen 4800 Thlr., Rastenburg 4610 Thlr., Wehlau 17,890 Thlr., für die Straße Uderwangen-Domnau 500 Thaler, dem Kreise Labiau 15,000 Thaler, Pr. Eylau 30,000 Thlr., Mohrungen 10,000 Thlr. bewilligt.

Auch für die Armenpflege werden die Kreise thätig eintreten. Sie sind sich ihrer Verpflichtung in dieser Beziehung wohl bewußt und haben aus den zur Unterstützung der Armenpflege ausgefetzten Fonds durch Kreistagsbeschlüsse fast allseitig Darlehne erbeten und theilweise bereits erhalten.

Was zur Bekämpfung des Nothstandes durch Beschaffung billiger Nahrungsmittel, durch direkte Unterstützung und durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit im Hause geschehen ist und beabsichtigt wird, ist zum großen Theil noch im Werden begriffen, da das Bedürfnis erst jetzt mehr und mehr hervortritt.

In der Stadt Königsberg speist der Magistrat täglich 1700 Arme. Außerdem sind 4 Volkstüchen im Gange, in welchen eine Portion guter Suppe zu 18 Pfennigen — etwas unter dem Selbstkostenpreise — verkauft wird.

In der Stadt Memel werden täglich 1500 Menschen theils unentgeltlich, theils gegen Zahlung von 4 Pfennigen gespeist. In den Nachbargemeinden Schmelz und Bommelebitte bestehen ebenfalls Suppentüchen, und ist ein Gleiches in vielen Städten der nördlichen Kreise der Fall.

Der Kreis Labiau ist in Bezirke getheilt, deren jeder unter einem Kommissarius der Kreisstände steht. Diese Kommissarien haben die Anweisung, alle Armen auf Kosten der Gemeinde — welche sich meistens einverstanden erklärt haben — jedoch mit Vorwissen des Kreises zu unterstützen. Auch können sie Naturalien verteilen. Sie sorgen ferner dafür, daß Flachs und Holz zur häuslichen Arbeit ausgegetheilt wird, indem die in der Nachbarschaft der Waldungen wohnenden Leute fast sämmtlich Holz zu schnitzen verstehen. Zu Suppentüchen für die Schulkinder sind dem Landrathe 2000 Thaler aus den Sammlungen des Frauenvereins überwiesen worden.

Der Kreis Wehlau ist ebenfalls in Bezirke getheilt, und sind in den größeren Dörfern Suppenanstalten errichtet. Hierzu sind dem Kreise aus den Sammlungen des Frauenvereins 1000 Thlr. überwiesen.

Auch in den Kreisen Königsberg, Fischhausen, Memel, Gerdauen, Friedland, Preussisch Eylau und Rastenburg ist die Errichtung von Suppentüchen auf dem Lande durch Ueberweisung kleinerer Unterstützungen angeregt. In Gerdauen sind Magazine zum billigen Verkaufe von Lebensmitteln angelegt.

Die häusliche Beschäftigung durch Flachs- und Wollspinnen ist durch den unter dem Protektorate Sr. Königlichen Hoheit des Kronprinzen stehenden Verein, welcher sich mit den landwirthschaftlichen Vereinen in Verbindung gesetzt hat, fast allwärts angeregt und zum Theil ins Werk gesetzt worden.

Alles in Allem darf man hiernach nicht bloß mit Hoffnung, sondern auch nicht ohne Vertrauen in die Zukunft blicken: die zahlreichen Gelegenheiten zur Arbeit und die Privat-Wohlthätigkeit werden, wenn damit eifrig fortgefahren wird, nicht bloß einer weiteren Entwicklung des Nothstandes vorbeugen, sondern auch die vorhandenen Uebel immer mehr zurücktreten lassen.

Ein weiterer Bericht über die Verhältnisse im Regierungsbezirk Gumbinnen theilt Aehnliches über die dort allseitig hervortretende Hülfsthätigkeit und deren Wirksamkeit mit.

Auch dort haben fast alle Kreise von dem Anerbieten des Staates zu Vorschüssen Gebrauch gemacht; den einzelnen Kreisen sind bereits Darlehne von 8000 bis 20,000 Thlr. gewährt worden.

Zur Ueberwachung der Einrichtungen der Armenpflege sind sechs Mitglieder der Regierung entsandt, welche sich fortwährend in den Kreisen befinden, um den Weisungen der Regierung Nachdruck zu verschaffen. Die Armenpflege hat dadurch fast überall eine befriedigende Organisation erhalten: es sind öffentliche Küchen eingerichtet, Brot, Mehl u. s. w. wird vertheilt, ferner sind vielfach Spinnereien errichtet.

Die Organisation der Hülfsthätigkeit nimmt mit jedem Tage einen weiteren Umfang an, dieselbe wird in Kurzem abgeschlossen sein und hoffentlich die schwerste Besorgnis verschwehen.

Um von den Zuständen jederzeit in genauer Kenntniß zu sein, hat die Regierung neuerdings Einrichtungen getroffen, um durch die Domainen-Rentmeister und Pächter von allen Seiten regelmäßig unterrichtet zu werden. Diese Beamten sind gegenwärtig mit der genauen Durchforschung ihrer Amtsbezirke beschäftigt, sie sollen die Wohnungen der Armen besuchen und sich davon überzeugen, ob die Armenpflege überall in geregelter und wirksamer Weise gehandhabt wird; sie sind dafür verantwortlich gemacht, daß nichts Bedenkliches unbekannt bleibe.

Im Hinblick auf die noch vorhandenen Vorräthe, auf die Lokal- und Kreis-Armenpflege, auf die Hülfe des Staates und auf die erst in letzter Zeit lebhaft angeregte Thätigkeit der Vereine begen die Behörden der Provinz die Zuversicht, daß die Noth werde bewältigt werden und daß nach Ueberwindung der jetzigen Schwierigkeiten es gelingen werde, ein frisches und erhöhtes Ausblühen der Provinz in naher Zukunft zu sichern.

Einstweilen freilich kommt es darauf an, von allen Seiten mit den Erweisen der Liebesthätigkeit kräftig fortzufahren, da der Nothstand nicht früher, als, so Gott will, mit der nächsten Ernte völlig beseitigt werden kann.

### Die preussische Justiz-Verwaltung und der neue Justiz-Minister.

Bei der Berathung der Einnahmen und Ausgaben der Justiz-Verwaltung hielt der Abgeordnete Laake wieder einmal eine jener Reden voll Leidenschaft und Uebertreibung, wie sie in den Jahren des Fernwüthnisses zwischen Regierung und Landesvertretung nur allzu oft vorgekommen sind. Unter dem Vorgeben, dem neuen Justizminister ans Herz zu legen, welche Verbesserungen in den Gerichts-Einrichtungen nothwendig seien, stellte er unser gesamtes Gerichtswesen so dar, als sei dasselbe völlig entartet und mikachtet und selbst der Glaube an die Unparteilichkeit unsers Richterstandes erschüttert.

Der jüngst ernannte Justizminister Leonhardt sah sich hierdurch veranlaßt, die Ehre der preussischen Justiz und der preussischen Richter entschieden zu wahren. Derselbe war früher nicht bloß als Justiz-Minister und Gerichts-Präsident in Hannover sehr geachtet und angesehen, sondern sein Urtheil über juristische Dinge gilt überall unter den Rechtsgelehrten sehr viel; er trat in den Ausführungen des genannten Abgeordneten mit dem vollen Gewicht seiner Erfahrung und seines Ansehens entgegen.

Er äußerte sich ungefähr folgendermaßen:

»Es liegt in der Natur der Verhältnisse, daß ich bei der diesmaligen Berathung des Justiz-Stats meine Aufgabe weniger darin sehen kann, zu reden, als zu hören, insonderheit Kenntniß zu nehmen von den Wünschen und Anschauungen, welche in diesem hohen Hause über die Interessen der Rechtspflege und der Justizverwaltung herrschen.

Ich verkenne die Schwierigkeit meiner Aufgabe nicht, ich erkenne sie in vollem Maße an, ich bin jedoch gewillt, mit allen Kräften dieser Aufgabe nachzukommen. Ob mir das gelingt, mit welchem Erfolge, das steht nicht in meiner Hand, das steht in höherer Hand, das hängt von den Umständen ab. Für mich muß es jedoch von außerordentlichem Interesse sein, daß die Aeußerungen und Darstellungen hier so beschaffen sind, daß sie mir Vertrauen einflößen, daß sie auf mich den Eindruck der Unbefangenheit machen. Ich muß nun aber bekennen, daß die Rede des Herrn Abgeordneten (Vasler) in ihrem größten Theil einen solchen Eindruck auf mich nicht gemacht hat, daß sie mir vielmehr Mißtrauen eingeflößt hat.

Es ist die Behauptung aufgestellt, daß ein allgemeines Mißtrauen gegen den Richterstand in Preußen herrsche, das Mißtrauen werde von allen Seiten gehegt. Gegen diese allgemeine Bemerkung möchte ich ganz entschieden Verwahrung einlegen, das ist meine Pflicht als preussischer Justiz-Minister.

Ich muß annehmen, daß diese allgemeine Behauptung eine richtige nicht sein kann, denn, meine Herren, ich stehe seit einer Reihe von Jahren mit hervorragenden Männern aus dem Juristenstande in Preußen und in verschiedenen anderen Ländern in genauer Verbindung und habe nie auch nur den allermindesten Zweifel an der vollsten Unparteilichkeit der preussischen Richter vernommen.

Es wäre ganz unmöglich, daß das so wäre, wenn die Zustände sich wirklich so verhielten, wie sie von dem Herrn Abgeordneten hier dargelegt worden sind. Ich finde auch gar nicht, meine Herren, daß diese Behauptung mit Gründen unterstützt worden ist; es sind allerdings zur Begründung viele Worte gemacht; die ganze Darstellung hat für mich aber nichts Ueberzeugendes.

Ich muß annehmen, daß diese ganze Rede an äußerster Uebertreibung leidet, an einer solchen Uebertreibung, daß sie den Eindruck der Unbefangenheit auf Niemand machen kann, möge sie nun gehört werden, oder gedruckt erscheinen.

Im Uebrigen muß ich anerkennen, und thue das sehr gern, daß Verbesserungen in der Rechtspflege, in der Justizverwaltung des Landes erforderlich sind, und sich empfehlen. Das liegt ganz einfach schon darin begründet, daß Preußen eine große Länderstrecke sich einverleibt hat, ferner darin, daß es ein Glied bildet in einem größeren Ganzen, dem Norddeutschen Bund. Diese Verhältnisse fordern nothwendig Reformen, diese Reformen müssen sorgfältig vorbereitet werden, überstürzen läßt sich hier gar nichts. Ich kann in diesen Beziehungen mich auch nicht eingehend äußern; denn wenn ich das thäte, nachdem ich so kurze Zeit im Dienste bin, so würde man mir mit Recht vorwerfen, das seien eifertige und ganz leichtfertige Aeußerungen. Ich wiederhole aber, daß ich die Reformbedürftigkeit der Rechtsverhältnisse nach vielen Seiten hin anerkenne und nach Kräften bemüht sein werde, berechtigten Wünschen nachzukommen.

Es hängt außerordentlich viel für die ganze Justizverfassung, für die ganze Rechtspflege davon ab, wie sich das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten gestalten wird. Nun ist bekanntlich durch den Bundesrath beschlossen, eine Kommission niederzusetzen, welche eine bürgerliche Prozeßordnung für den Norddeutschen Bund zu entwerfen hat. Ich hoffe, daß diese Kommission ihre Aufgabe sehr bald erledigen wird. So weit ich die Sache zu übersehen vermag und so weit meine Erfahrungen reichen, wird diese Prozeßordnung eine ganz außerordentliche Rückwirkung auf alle Verhältnisse ausüben.

Da der Abgeordnete Vasler in der nächsten Sitzung auf seine Behauptungen zurückkam und sich darüber beschwerte, daß der Minister ihn der »Unwahrheit« geziehen habe, so erklärte dieser nochmals:

»Ich halte dasjenige, was ich gestern geäußert habe, in allem Maße aufrecht!

Der Herr Abgeordnete hat behauptet, es bestche hier im Lande ein allgemeines Mißtrauen gegen das Richteramt.

Wenn man solche Behauptungen insonderheit in diesem Saale wagen will, dann muß man sie näher begründen, und der Herr Abgeordnete hat die Begründung dieser seiner allgemeinen Behauptung auf gar nichts Anderes gestützt, als darauf, daß die Gesetze des Landes im Laufe der Zeit verbesserungsbedürftig geworden wären. Das kann man anerkennen; es folgt aber daraus durchaus nicht, daß das Land dem Richteramt mit Mißtrauen entgegenkommt. Es ist in vielen Ländern der Fall gewesen, daß die Gesetze verbesserungsbedürftig waren; das ist insonderheit der Fall gewesen in England; aber dennoch würde Niemand im englischen Parlamente die Behauptung gewagt haben, England hätte ein allgemeines Mißtrauen gegen das Richteramt.

Wenn ich bemerkt habe, meine Herren, der Eindruck der Sache sei nicht der der Wahrheit und Unbefangenheit, so ist es selbstverständlich, daß ich nicht habe behaupten wollen, daß der Herr Abgeordnete in der Ueberzeugung spreche, die Sache sei nicht so, sondern ich habe nur an die Wahrheit in der Sache selbst denken können; den Eindruck thatsächlicher Wahrheit hat die Rede auf mich nicht gemacht.

Die festen Erklärungen des Justizministers haben des Eindrucks im Hause nicht ermangelt.

Bei den weiteren Berathungen über die Justiz-Verwaltung gab der Minister vielfache mit allseitigem Beifall aufgenommene Andeutungen über die nothwendigen Verbesserungen in der bürgerlichen Rechtspflege und zugleich in Bezug auf eine günstigere Stellung und Besol-

dung der Richter und Gerichtsbeamten. Er sprach wiederholt die Hoffnung aus, daß die wünschenswerthe Verbesserung des bürgerlichen Prozeß-Verfahrens schon im nächsten Jahre werde eingeführt werden können und daß demzufolge bis zum Jahre 1870 auch eine neue Regelung der Stellung der richterlichen Beamten möglich sein werde.

### Die Verwaltung des Ministeriums des Innern

ist zur Zeit Gegenstand der Berathung des Abgeordnetenhauses.

Bei dieser Gelegenheit richtete der Abgeordnete Birchow (von der Fortschrittspartei) die heftigsten und unbegründetsten Angriffe gegen den Minister des Innern, Grafen zu Eulenburg: derselbe sei jetzt sechs Jahre im Amte, die Zeit bis 1866 habe er angewendet, um die Parteien niederzuhalten, dann sei ihm die Aufgabe zugefallen, die neuen Provinzen zu organisiren, dieser Aufgabe habe er sich aber nicht gewachsen gezeigt, er habe in sein Ministerium und in die hohen Verwaltungsämter konservative Abgeordnete berufen, deren Thätigkeit für die Organisation der neuen Landestheile den Erwartungen nicht entspreche. Die Fehler der gesamten Verwaltung aber träten besonders in dem Nothstande in Ostpreußen hervor, indem dort die Beamten aus Mangel an Voraussicht die Verhältnisse zu solcher Noth heranwachsen ließen.

Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, erwiderte hierauf etwa Folgendes: »Der Herr Abgeordnete hat damit begonnen, zu sagen, daß ich bereits über 6 Jahre im Amte sei. Das ist nicht richtig, ich bin erst 5 Jahre im Amte. Er hat meine Thätigkeit in zwei Perioden getheilt; bis zum Jahre 1866 hätte ich mich, so führte er aus, damit beschäftigt, auf die Wahlen und auf die Zusammensetzung dieses Hauses zu wirken. Allerdings ist das auch ein großer Theil meiner Thätigkeit gewesen; es war die Erfüllung meiner heiligen Pflicht, und wenn mir weiter nichts gelungen ist, als die Partei, zu der der Hr. Abgeordnete gehört, bis zum Jahre 1866 niederzuhalten, so glaube ich, daß ich mir einen Anspruch auf den Dank des Vaterlandes erworben habe. Wäre die Partei nicht niedergehalten worden, so hätten wir das glorreiche Jahr 1866 nicht gehabt. Nach dem Kriege hat dieses Haus ein anderes Aussehen gewonnen, und ich bin weit davon entfernt, mir dieses Verdienst zuzuschreiben: — die Ereignisse haben es herbeigeführt. Seit dieser Zeit ist allerdings mir und jedem anderen Minister die Aufgabe zugefallen, zu organisiren, und wir sind derselben mit allen Kräften nachgekommen. Es fällt mir nicht ein, zu behaupten, daß ich ein besonderes Genie für Verwaltungs-Organisation hätte, doch glaube ich, daß ich wenigstens denjenigen hierin gleichstehe, die mich aufs Heftigste darüber angreifen. Ueber ein System sich auszusprechen, wie man organisiren wolle oder müsse, das ist sehr leicht; aber man hat es mit gegebenen und zwar mit den verschiedenlichsten Verhältnissen zu thun. Ein System kann in einem Kopfe leicht entspringen; wie es aber zur Ausführung kommt, das ist lediglich Sache des Zusammenwirkens von Personen und Umständen. Es ist also viel leichter, in dieser Beziehung zu tadeln, als zu schaffen.

Der Herr Abgeordnete wendet sich gegen mich persönlich und gegen die Art, wie ich die Beamtenstellen meines Ministeriums und die Stellen in den höheren Verwaltungskreisen besetze. Er lobt mich, daß ich in dieser Beziehung einen parlamentarischen Sinn entwickle, tadelt mich aber zu gleicher Zeit, daß ich die Männer meines Vertrauens wesentlich von dieser Seite des Hauses (rechts) nehme. Meine Herren, daß ich in dieser Beziehung parlamentarisch bin, versteht sich ganz von selbst, weil man natürlich zuerst an diejenigen Personen denkt, die einem durch nähere Berührung als tüchtige, brauchbare, patriotische Männer bekannt werden. Unter dieser Voraussetzung kann ich mir aber doch nur solche Männer auswählen, die meiner politischen Meinung nahe stehen. Ich kann mir nicht in mein eigenes Lager die Feinde hineinlocken. Es wäre — ich weiß nicht gleich, welchen Ausdruck ich brauchen soll — wirklich eine Art Blödsinn, wenn ich diejenigen, mit denen ich zu arbeiten habe, aus einem Lager hernehme, das nur darauf bedacht sein kann, mir zu widerstreben, mir Rathschläge zu ertheilen, die mich von meiner Bahn ableiten, oder dasjenige nicht auszuführen, was ich will. Im Uebrigen glaube ich, daß ich in der Wahl der Beamten, welche grade auf meinen Anlaß in ihre Posten gebracht sind, nicht unglücklich gewesen bin. Die Herren, welche hier genannt worden sind, gehören zu den ausgezeichnetsten Beamten, die wir haben.

Ueber die Thätigkeit der Behörden gegenüber dem Nothstande sagt der Minister im Wesentlichen Folgendes: »Wie der Nothstand in Preußen hierher gehört, ist zwar schwer zu begreifen, allein es ist mir, aufrichtig gesagt, angenehm, daß ich Gelegenheit habe, mich darüber auszusprechen zu können. Den Vorwurf, daß die Behörden in Preußen nicht ihre Schuldigkeit gethan hätten und auch jetzt nicht thäten, weise ich auf das Allerbestimmteste zurück. Die Behörden in Preußen sind rechtzeitig davon unterrichtet gewesen, daß ein Nothstand zu befürchten sei und haben ihrerseits mich von dieser Befürchtung sofort unterrichtet. In der Natur der Sache aber lag es, daß überhaupt das Bewußtsein von dem eintretenden Nothstande und dem möglichen Umfange desselben im vorigen Jahre erst sehr spät lebendig wurde, weil die ganzen Ernteverhältnisse so außergewöhnliche waren, daß man sich bis zum September noch darüber täuschte, wie

groß denn eigentlich der Ausfall sei. Sobald es aber festgestellt war, daß, veranlaßt durch die Regengüsse, die bis spät in den Sommer hinein dauerten, man selbst die schlechte Ernte, die gewachsen war, nicht zum Ein-scheuern brachte, da erst trat der volle Begriff des Nothstandes ein. Und in demselben Augenblick ist die Staats-Regierung davon benachrichtigt worden. Sie hat nicht gesäumt; sie hat sofort eine Konferenz, die in meinem Ministerium stattgefunden, anberaumt und dazu die sachkundigsten Personen, den Oberpräsidenten Eichmann u. s. w., zur Berathung der Fragen eingeladen: wie ist zu helfen? welche Aufgaben stellt der Nothstand dem Staate? welche den Kommunen? und welche dem königlichen Domainen- und Forstfiskus? Die Ergebnisse dieser vorläufigen Besprechung sind darauf mit den Abgeordneten der Provinz einer näheren Erörterung unterworfen worden und haben auch nach allen Richtungen hin die Billigung dieser Herren erlangt. Darauf hin ist das Gesetz ausgearbeitet worden, das hinterher dem Landtage vorgelegt und von demselben angenommen worden ist. Es steht mir nicht zu, zu sagen, die Regierung habe mit dem Gelde, welches von dem Landtage gefordert und von diesem bewilligt worden ist, ihren Verpflichtungen genügt. Während der Berathung des Gesetzes ist immerfort darauf hingewiesen worden, wieviel das augenblickliche Bedürfnis erfordere, daß die Regierung sich aber vorbehält, mit neuen Ansprüchen an den Landtag zu treten, wenn die Dinge sich derart gestalten sollten, daß eine Mehrbewilligung nothwendig sei.

Die Weisungen, die demnächst an die Regierungen ergangen sind, sind auf das genaueste und mit der größten Thätigkeit befolgt worden; es ist namentlich den Behörden auch zuzuschreiben, daß sie alle diejenigen Corporationen, welche zur Armenpflege verbunden sind, in eine lebhaft und rege Thätigkeit gebracht haben, und es ist daneben, Gott sei Dank! der Wohlthätigkeitsgeist der ganzen preussischen Bevölkerung erwacht, um aus freiwilligen Gaben auch reichliche Summen zusammenzubringen, die der Noth Abhilfe zu schaffen im Stande sind.

Nun ist aber eine Thatsache dazwischen getreten, die ich hier nicht so bezeichnen will, wie es wohl eigentlich geschehen müßte. Es sind aus Ostpreußen zwei oder drei Artikel über den Umfang der Noth in die Welt gefandt worden, die sofort als sehr interessante und auf Herz und Gemüth wirkende Beschreibungen des dortigen Nothstandes den Lauf durch alle Zeitungen genommen haben. Diese beunruhigenden und ganz enorm übertriebenen Artikel haben die öffentliche Meinung eine Zeit lang beherrscht und dieselbe in zwei Theile gespalten. Entweder hat man gesagt: da verhungern ja Hunderte von Leuten, ohne daß die Regierung sich darum bekümmert. Auf der anderen Seite hat man gesagt: es ist Alles vollständig unwahr, was von dem dortigen Nothstande gesagt wird, die Ostpreußen wollen bloß Vortheil schlagen aus einer schlechten Ernte, die sie gehabt haben, um bei dieser Gelegenheit Eisenbahnen und Chausseen gebaut zu erhalten. Auf der einen Seite also ist man dahin gekommen, den Stein auf die Regierung zu werfen, auf der anderen Seite ist man dahin gekommen, die Hände lieber in die Taschen zu stecken, statt sie zum Geldhergeben zu benutzen, weil man gesagt hat, das Ganze ist ja ein Schwindel.

Dem gegenüber ist nur in einer Art jetzt zu wirken; das ist, daß ich angeordnet habe, daß mir jede Woche auf das genaueste gesagt wird, wie es in jedem einzelnen Kreise steht, und daß ich diese Berichte jede Woche, sobald sie mir zugehen, veröffentlichen lassen werde, an einer Stelle, wo an der Wahrhaftigkeit derselben, oder wenigstens daran nicht gezweifelt werden kann, daß es von der Regierung gegebene Artikel sind. Ich bitte aber, diesen Artikeln und diesen Schilderungen die Aufmerksamkeit zuzuwenden, die ihnen gebührt, und sich nicht durch die einzelnen Nothstands-schilderungen bestechen zu lassen, die in den verschiedensten Nebenabsichten erlassen werden. Ich kann versichern, daß die Berichte, die mir in den letzten drei Tagen zugegangen sind, sich namentlich in dem einen Satz zusammenfassen lassen, den ich hier verlesen will aus einem Berichte der königlichen Regierung zu Gumbinnen: »Mit jedem Tage nimmt die Organisation für diejenigen Maßregeln, die zur Bekämpfung des Nothstandes ergriffen werden, weiteren Umfang an, und wir hoffen, dieselben in nächster Frist abgeschlossen, und jede Besorgniß verschweicht zu sehen.«

Das ist der Knotenpunkt, um den es sich hier handelt, und wenn Sie sagen, wir haben nicht gehört, daß der Minister selbst nach Ostpreußen gegangen ist, oder daß er seine Beamten dorthin geschickt habe, um sich durch den Augenschein zu überzeugen, wie es steht u. s. w., so läßt sich gegen das Erstere das einwenden: Ich kann versichern, daß mein Gefühl, schon als Ostpreuße, mich wesentlich und mit aller Macht gedrängt hat, nach Ostpreußen hinzugehen. Ich habe mich aber gefragt: Ist es sachlich richtig? Was soll ich dort? Was dort geschieht, weiß ich durch die Berichte der Behörden ganz genau; Rath geben kann ich ihnen nicht; sie kennen die Sache besser als ich, und wenn ich in die Provinz komme, so glaubt die ganze Provinz, ich komme mit vollen Taschen und die habe ich nicht; ich habe nur gerade so viel, als Sie mir bewilligt haben.

Wenn Sie aber behaupten, daß die dortigen Behörden in dieser Beziehung nicht ihre Schuldigkeit thun, dann kann ich sagen, daß dies absolut falsch ist. Die Herren Präsidenten Maurach und von Ernsthausen sind Tag und Nacht im Wagen, fahren umher, begeben sich

in die einzelnen Kreisstädte, um die Kreisstände zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten, und zu organisiren, so viel als sie können. Ein hochgestellter Offizier, der in diesen Tagen von einer Reise nach Ostpreußen zurückgekehrt ist, wohin er im Auftrage Ihrer Majestät der Königin gegangen war, um sich an Ort und Stelle zu überzeugen, wo es noth thut, hat noch gestern zu mir geäußert: »Ich muß sagen, man kann mit Ruhe zurückkommen; eine so bewunderungswürdige Thätigkeit, wie sie der Regierungspräsident in Gumbinnen und die Regierung entwickelt, läßt keine Befürchtungen aufkommen.« Ich glaube, meine Herren, wir können diesen Gegenstand damit fallen lassen. Ich weiß in der That nicht, welches Resultat ich aus der Rede des Hrn. Abg. Birchow im Ganzen für mich ziehen soll und welche das Haus daraus ziehen wird. Auf mich hat sie wesentlich den Eindruck der bloßen Verneinung gemacht, die überhaupt das Kennzeichen der Partei ist, zu der der Herr Abg. Birchow gehört, und die noch gesteigert ist durch den Aerger, unterlegen zu sein.«

Nach dem Minister trat ein Abgeordneter aus Hannover, Grumbrecht (von der liberalen Partei) auf und erklärte Folgendes: »Als hannoverscher Abgeordneter muß ich bemerken, daß der größte Theil der Einrichtungen in Hannover, gegen die der Herr Abgeordnete Dr. Birchow gesprochen hat, auf Wunsch der hannoverschen Vertrauensmänner, und zwar auf deren einstimmigen Wunsch geschaffen worden ist. Man ist mit diesen Einrichtungen in Hannover im Großen und Ganzen einverstanden und wir haben keineswegs Ursache, über die Thätigkeit des Hrn. Ministers des Innern zu klagen. Vielleicht hätte Manches früher oder schneller geschehen können; über das aber, was geschehen ist, können wir uns nicht beschweren. Die Wahrheit liegt also hier darin, daß wir in Hannover über die Thätigkeit des Herrn Ministers des Innern nicht zu klagen haben.«

### Der Antrag auf unbeschränkte Redefreiheit

ist im Abgeordnetenhaus in voriger Woche zum zweiten Male zum Beschluß erhoben worden.

Der vom Abgeordnetenhaus gefasste Beschluß ist nunmehr an das Herrenhaus zu weiterer Entschliebung gelangt.

Daß das Herrenhaus dem Antrag, so wie er im Abgeordnetenhaus angenommen ist, seine Zustimmung ertheilen sollte, ist nicht vor auszusetzen; denn jener Beschluß geht von der Ansicht aus, daß schon der bisherige Artikel 84 der Verfassung alle (auch verleumderrische) Aeußerungen im Landtage für straffrei erkläre, — eine Ansicht, welche das Herrenhaus seinerseits in Uebereinstimmung mit der Regierung und dem höchsten Gerichtshofe für irrtümlich erklärt hat. Das Herrenhaus wird sich auch jetzt schwerlich eine entgegengesetzte, bisher zurückgewiesene Auslegung der bisherigen Verfassungsbestimmung aneignen.

Dagegen gilt nicht als unmöglich, daß im Herrenhaus, nachdem inzwischen in der Verfassung des Norddeutschen Bundes in der That alle parlamentarischen Aeußerungen für straffrei erklärt sind, ein Versuch gemacht werde, einen Ausgleich zwischen dieser Bestimmung und dem Artikel 84 der preussischen Verfassung unter sonstiger Wahrung des öffentlichen Interesses herbeizuführen.

Unser König nimmt ebenso wie die Königin und der Kronprinz den lebendigsten Antheil an dem Nothstande in Ostpreußen. Alle von dort eingehenden Berichte müssen von den Ministern sofort dem Könige mitgetheilt werden und geben Anlaß zu den eingehendsten Erörterungen und zu vielfachen unmittelbaren Anordnungen seitens Sr. Majestät.

Die Vorbereitungen für den von der Königin Augusta veranstalteten Bazar (Verkaufshalle) im königlichen Schlosse werden lebhaft betrieben.

Der unter Leitung Ihrer Majestät stehende Frauenverein, so wie der vom Kronprinzen gegründete Hülfsverein entwickeln in Verbindung mit den Behörden und den Vereinen in Ostpreußen selbst eine allseitige lebendige Thätigkeit.

Die Verhandlungen mit Dänemark über die nord-schleswigsche Frage werden, nach der erfolgten Rückkehr des dänischen Bevollmächtigten Herrn von Quaade, heute (Mittwoch) wieder aufgenommen werden.

Die preussische Korvette »Gertha« und das Dampfschiff »Bliß«, welche im Mittelmeer kreuzen, haben, wie aus Konstantinopel gemeldet wird, die französische Korvette »Roland«, welche bei Smyrna strandete, mit großer Aufopferung gerettet.